



LETZTER TEIL DER PI-NEWS-SERIE

Umvolkung: Die wahren Gründe

Von C. JAHN | Kein einziges Argument der von der Staatsführung vorgebrachten Rechtfertigungsgründe für die Umvolkungspolitik ist glaubwürdig, wie sich im [zweiten Teil dieser PI-NEWS-Serie](#) (Teil 1 [hier](#)) erkennen ließ. Alles nur Vorwände, Täuschungen, Lügen und Märchen. Im dritten und letzten Teil soll es nun um die wahren Gründe gehen, weswegen Deutschland und Westeuropa so radikal umgevolkt werden.

1. Umvolkung als Mittel zur kulturevolutionären Selbstzerstörung

Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre wurden in ganz Westeuropa die zuvor zeitlich befristeten Gastarbeiterprogramme in dauerhaft unbefristete Siedlungsprogramme, d.h. inklusive Familiennachzug und Anspruch auf Wohnrecht auch im Falle von Arbeitslosigkeit, umstrukturiert. Arbeitskräftemangel bestand zu dieser Zeit in Westeuropa bekanntlich schon lange nicht mehr. Die Gründe für die seinerzeitige Neuausrichtung der einstigen Gastarbeiterpolitik waren daher auch nicht mehr pragmatisch, sondern ausschließlich ideologisch und sind in engstem Zusammenhang mit den ab den späten 60er-Jahren in der gesamten westlichen Welt rasant an Einfluss gewinnenden Gedankenwelten der sogenannten „68er Bewegung“ zu sehen.

Die 68er standen in der Geistesstradition der chinesisch-maoistischen Kulturrevolution von 1966 und proklamierten genau wie ihr maoistisches Vorbild in Rotchina die Schaffung eines „neuen“ Menschen durch Zerschlagung aller „alten“ Kulturelemente. Zu den zahllosen Spielarten von „Gegenkultur“, die sich nach 1966, verstärkt ab 1968 in der westlichen Welt entwickelten, zählte auch die politisch gewollte Ansiedlung außereuropäischer Kulturen als soziopolitischem Gegenelement zur „alten“, aus kulturrevolutionärer Perspektive nun ausschließlich negativ bewerteten Kultur Europas. Die Ansiedlung von Türken im seit 1968 politisch zunehmend nach links driftenden Westdeutschland wandelte sich somit von einem rein praktischen Programm zur Behebung von Arbeitskräftenangel zu einem weiteren Mittel unter vielen anderen zum Zweck der Zerstörung der „alten“, d.h. traditionellen deutschen Kultur in Deutschland. Ausgehend von diesem kulturrevolutionär-maoistischen Hintergrund prägte spätestens seit den 70er Jahren der generell jede Umvolkungspolitik kennzeichnende aggressive Wille, d.h. eine sich bewusst gegen die einheimische Bevölkerung wendende Zielgerichtetheit der staatlichen Siedlungsmaßnahmen, die Denk- und Handlungsweisen großer Teile der politischen Szenerie im damaligen Westdeutschland. Auch wenn sich dieser zielgerichtete Wille ursprünglich nur bei sehr kleinen radikalen Randgruppen, den „68ern“ und der Partei der sogenannten „Grünen“ als deren parlamentarischer Manifestation, erkennen ließ, hat sich dieses Gedankengut im Lauf der Zeit bis auf Regierungsebene durchgesetzt. Der Staat mag heute jede Menge andere Gründe seiner Siedlungspolitik vorschützen: All diese vorgebrachten Gründe ändern nichts an der Tatsache, dass das Fundament seiner Politik eine ideologisch radikale Ideologie darstellt, deren politisches Ziel es letztlich ist, mit Hilfe von Siedlungsmaßnahmen das über Jahrhunderte gewachsene traditionelle Kulturgefüge in Deutschland schlagartig zu zerstören. Ein solches Ziel ist unverkennbar ein feindseliger, gegen die kulturelle und ethnopolitische Selbstbestimmtheit der Deutschen in ihrem angestammten Land gerichteter staatlicher

Akt.

2. Umvolkung zwecks „Nie wieder Deutschland“

Während der kulturevolutionäre Hintergrund der Siedlungspolitik nahezu niemals offensiv thematisiert wird – wohl auch da die kulturevolutionär-maoistische Tradition der 68er zum Teil in Vergessenheit geraten ist – , wird das Ziel einer „Abschaffung Deutschlands“ insbesondere im linken und damit äußerst einflussreichen Spektrum klar und deutlich propagiert. „Nie wieder Deutschland!“, „Deutschland, du mieses Stück Scheiße!“, „Deutschland verrecke!“ sind beliebte Parolen in diesem Milieu. Der solchermaßen artikulierte Hass richtet sich gegen das Land „Deutschland“ in seiner jahrhundertealten Definition als Land der Deutschen. Aus Sicht dieser hasserfüllten, bekennend anti-deutsch radikalisierten Szene, der sich bekanntlich auch namhafte Vertreter des Establishments wie die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Claudia Roth, gern zugesellen, gilt es genau diese Zuschreibung Deutschlands als Land der Deutschen mit Hilfe der Umvolkungspolitik zu ändern: Sobald die Deutschen in Deutschland nur noch eine ethnische Minderheit darstellen, entfällt natürlich jede Rechtfertigung für einen Landesnamen „Deutschland“. Auch die gegenwärtigen sprachlichen Tendenzen, das Wort „Deutschland“ schon heute in öffentlichen Verlautbarungen durch anonymisierte Begriffe wie „unser Land“ oder „unsere Republik“ zu ersetzen, deuten ganz unverkennbar in diese Richtung: Auf die Verdrängung des Landesnamens aus dem offiziellen Sprachgebrauch wird im Zuge des ethnischen Umbaus auch die formelle Abschaffung dieses Landesnamens folgen, dies ist nur eine Frage der Zeit. Die unverhohlene Deutlichkeit, mit der der Hass auf „Deutschland“ insbesondere im mächtigen, staatstragenden linken Milieu artikuliert wird, macht es dabei leicht, diese ganz direkt gegen die Deutschen und deren besondere historische Rechte auf Deutschland gerichtete Stoßrichtung der staatlichen Siedlungspolitik als eindeutig feindselig zu enttarnen.

3. Umvolkung zur Beseitigung der Nationalstaaten in der „EU“

Neben der Gedankenwelt der 68er bildet die politische Grundproblematik der sogenannten „Europäischen Union“ einen weiteren, ganz wesentlichen Gesichtspunkt der derzeit in ganz Westeuropa praktizierten Siedlungspolitik. Die angestrebte „Einigung Europas“, sofern das überhaupt jemals möglich ist, kann wohl tatsächlich nur gelingen, indem die einzelnen Staaten immer weiter entmachtet werden und letztlich eine politische Struktur in Europa entsteht, die dem Österreichisch-Ungarischen Imperium des 19. Jahrhunderts ähnelt: ein polyethnisch besiedeltes Gebiet mit einheitlicher Währung und Verwaltung, in dem sich die Siedlungsräume der einzelnen Völker nicht klar abgrenzen lassen. Solange letzteres noch nicht der Fall ist, werden die Grenzzäune zwischen den einzelnen Staaten, auch wenn sie in der Landschaft nicht mehr sichtbar sind, in den Köpfen der Menschen fortbestehen und bei nächster Gelegenheit wieder emporwachsen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Die Grenzen in Europa sind mit Ausnahme der Schweiz und dem fragilen Kunststaat Belgien keine willkürlich gezogenen Grenzen, sondern allesamt gewachsene Grenzen zwischen unterschiedlichen Völkern. Und da der Mensch ein Gruppenwesen ist und sich stets nach der eigenen Gruppe orientiert, werden diese Grenzen Bestand haben, solange diesseits und jenseits dieser Grenzen weiterhin unterschiedliche Völker leben.

Aus Sicht der „EU“ gilt es daher genau diese Unterschiedlichkeit der Völker Europas zu beseitigen: Die innereuropäischen Grenzen werden erst dann endgültig hinfällig, wenn beidseits dieser Grenzen eine nahezu identische ethnische Struktur erreicht ist. Da es allerdings Jahrhunderte dauern kann, bis sich Holländer, Franzosen und Deutsche allein durch die Personenfreizügigkeit zwischen diesen Ländern ethnisch vollständig angeglichen haben, bildet die möglichst flächendeckende Ansiedlung anderer, außereuropäischer Völker ohne Frage den schnellsten Weg zur

Herstellung einer auch großräumig so weit angeglichenen ethnischen Struktur, dass sich die Binnengrenzen nicht mehr ethnopolitisch rechtfertigen lassen. Dass diese Zielsetzung in bestimmten Regionen bereits erreicht wurde, lässt sich heute vor allem in der Grenzregion zwischen Deutschland, Holland und Belgien beobachten: Aachen, Lüttich und die südholländischen Städte sind längst allesamt weitgehend arabisch-türkisch geprägt, die einheimische deutsch-flämisch-niederländische Bevölkerung bildet nur noch die jeweils lokale Folklore. Ein Zitat aus dem Vietnam-Krieg kommt einem in den Sinn: „Zerstören, um zu retten“. Man zerstört das europäische Europa, um eine Einigung Europas herbeizuführen, obwohl dieses geeinigte Europa dann nichts mehr mit Europa zu tun hat. Auch in diesem Fall zielt die ethnische Siedlungspolitik in der Hauptsache erkennbar auf eine territorialpolitische Abdrängung der Einheimischen, es handelt sich daher ganz eindeutig um eine politisch zu verurteilende Umvolkungspolitik.

4. Umvolkung als biologisches Zuchtprojekt

Ohne die staatliche Ansiedlung von Afrikanern, Arabern und Afghanen würden die Deutschen „[in Inzucht degenerieren](#)“. Dieses Zitat stammt nicht von irgendeinem versponnenen Verschwörungstheoretiker, sondern von Wolfgang Schäuble höchstpersönlich, einem der wichtigsten Vertrauten Angela Merkels und ganz klar führenden Vordenker in ihrer engsten Clique. Ein solcher Mann schwatzt nicht drauflos, sondern hat in jahrelanger politischer Kernerarbeit gelernt, jedes Wort sorgsam abzuwägen, bevor er es artikuliert. Schäubles Hinweis auf diese biologistische Motivation der staatlichen Siedlungspolitik ist daher ernstzunehmen. Auch unmittelbar nach der Massenansiedlung von jungen arabischen Männern im Herbst 2015 wurden Teilnehmer der zahlreichen amtlich und halbamtlich organisierten „Flüchtlingstreffs“ den Eindruck nicht los, dass die dort von städtischen Bediensteten oder Kirchenleuten in die Wege geleitete Verkuppelung arabischer Männer mit jungen deutschen Frauen nicht völlig frei von

politischen Zielsetzungen erfolgte. Besonderen Ekel angesichts solcher biologistischer Ideologien und der damit verbundenen halbseidenen Praktiken von Staat und Kirche ergreift den Beobachter allerdings angesichts der geistigen Nähe der Schäubleschen Zuchtpolitik zu den arischen Zuchtzielsetzungen im Dritten Reich. Zwar sind die Zielsetzungen aus der engsten Merkel-Clique den Zielsetzungen aus der Zeit des Dritten Reiches diametral entgegengesetzt – möglichst „arische“ Züchtung damals, möglichst keine „arische“ Züchtung heute – aber beide Motive und Praktiken sind desselben Geistes Kind. Derartigen Gedankengängen staatlicher Bevölkerungskonstrukteure sollte man damals wie heute am besten ins Gesicht spucken.

5. Umvolkung zur Ansiedlung von Wählern der Systemparteien

Bevölkerungsstrategisch gesehen befinden sich die alten Systemparteien und die in ganz Westeuropa neu emporstrebenden rechten, rechtsliberalen und freiheitlich-konservativen Parteien in einem Wettlauf. Dass die in Westeuropa angesiedelten Araber jemals Le Pen, die FPÖ, die Lega oder die AfD wählen werden, ist extrem unwahrscheinlich. Die staatstragenden Parteien haben diese Chance auf Erschließung zusätzlichen Wählerpotenzials durch Ansiedlung früh erkannt: Vielzitiert ist Daniel Cohn-Bendits legendäre Aussage, die Grünen müssten so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland holen, dann für deren Wahlrecht kämpfen und so jene Stimmenanteile für die grüne Partei erreichen, die nötig sind, um Deutschland zu verändern. Dieser politische Fahrplan der Grünen – und nach deren Vorbild später auch der übrigen Parteien – wurde bekanntlich genau so umgesetzt. Tatsächlich prägt die ethnopolitische Machtverschiebung zugunsten der Siedler die politische Landschaft Westeuropas schon heute: In Österreich wäre bei der Bundespräsidentenwahl 2016 der Kandidat Alexander von der Bellen ohne die Stimmen der in Österreich angesiedelten Türken, nur mit den Stimmen der einheimischen Deutsch-Österreicher, niemals Bundespräsident

geworden, sondern der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer.

Dieser Wettlauf zwischen den Systemparteien einerseits, die sich von der Massenansiedlung mehr Wählerstimmen versprechen, und andererseits den neu aufstrebenden, sich gegen eine solche Politik zur Wehr setzenden Oppositionsparteien ist noch keinesfalls entschieden. Jedes Jahr siedelt die Bundesregierung etwa eine halbe Million Araber und Afrikaner an, inklusive Familiennachzug – alles Wähler der CDU, der sonstigen Systemparteien sowie der auch in Deutschland wie in ganz Westeuropa in den Startlöchern stehenden neuen islamischen Parteien. Diese halbe Million Wähler pro Jahr entspricht einem Stimmenanteil von etwa 4%, um den die AfD jede Legislaturperiode wachsen müsste, um allein diese Bevölkerungsverschiebung auszugleichen. Auch wenn daher die allgegenwärtigen Schattenseiten der Umvolkung der AfD in die Hände spielen und diese Partei unter den Deutschen in Deutschland an Zuspruch gewinnt, ist noch keinesfalls gesagt, dass es der AfD gelingen wird, die Siedlungspolitik der Systemparteien auszubremsen, bevor die ethnischen Mehrheitsverhältnisse in Deutschland endgültig gekippt worden sind und die Systemparteien mit ihrer dann vorwiegend aus Kolonisten bestehenden Wählerschaft doch noch als Sieger der Geschichte dastehen.

Auch diese Motivation, durch ethnische Siedlungspolitik eine Änderung der ethnischen Mehrheitsverhältnisse zum Nutzen bestimmter Parteien zu schaffen, ist ganz eindeutig als eine gegen die einheimische Bevölkerung gerichtete Umvolkungspolitik zu bezeichnen und entsprechend politisch zu verurteilen.

6. Umvolkung zur Profitmaximierung der Asylindustrie

Neben diesen fünf ideologisch bedingten und politstrategischen Motiven gibt es mit Sicherheit auch ein ganz profanes Motiv hinter der Siedlungspolitik, das in seiner Bedeutung für das heutige Geschehen nicht unterschätzt werden sollte. Die

schiere Dimension des ethnischen Umbaus eines ganzen Kontinents, die zügige Ansiedlung von Millionen Menschen, die nahezu gleichzeitig nach Westeuropa und Deutschland eindringen und hier versorgt werden wollen, hat in den vergangenen Jahren den Aufbau einer engen Verflechtung von Staat, Kirche, Nichtregierungsorganisationen sowie einer ganzen Reihe von individuellen Kriegsgewinnlern geführt, die allesamt gleichermaßen auch finanziell von der Umvolkung profitieren. Jedes Jahr fließen etwa 50 Milliarden Euro aus dem deutschen Steuerhaushalt in die Taschen der an der Umvolkung beteiligten Personenkreise: nicht nur in die Taschen der Siedler selbst, sondern auch in die Taschen ihrer deutschen Helfershelfer. Als Asylanwalt oder privater Betreiber einer Unterkunft für die angeblichen „Flüchtlinge“ der Bundesregierung ist es heutzutage fast unmöglich, nicht reich zu werden. Auch auf indirektem Weg, als korrupter Mitarbeiter in der städtischen Ausländerbehörde oder als korrupter Asylrichter, gibt es für jeden, der sich nicht allzu dumm anstellt, einiges zu holen. Würde der Strom der Eindringlinge plötzlich ausbleiben, würden Zigtausende von staatlich gesponserten deutschen Nutznießern einen wesentlichen Teil ihres Einkommens, vielleicht sogar ihre Arbeit oder sonstige Geschäftsgrundlage verlieren, müssten auf ihre Beförderung oder größere Abteilung verzichten und sich im schlimmsten Fall ihr nächstes Auto eine Nummer kleiner kaufen. Kein Wunder also, dass insbesondere die mit Abstand größten Profiteure der Umvolkung, die Kirchen, nicht müde werden, das Paradies einer polyethnischen Bevölkerungsstruktur in Deutschland zu predigen: Schon Jesus hätte Israel umgevolkt, lautet die Botschaft.

Man darf daher lebensnah davon ausgehen, dass es ungeachtet der teils sehr unterschiedlichen ideologischen Ziele den unmittelbar an dieser Politik beteiligten Personen letztlich ganz gewiss auch um das viele Geld geht, das in diesem Geschäft zu holen ist. Dieses ganze System trägt sich von selbst: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Kein anderes Motiv für die Umvolkungspolitik, den staatlich organisierten Hochverrat an den Deutschen, ist niederträchtiger als Geld, kein anderes Motiv aber vermutlich so ausschlaggebend.

Fazit:

Nicht ein einziges der von staatlicher Seite üblicherweise vorgebrachten Argumente zur politischen Rechtfertigung der ethnischen Siedlungspolitik hat sich als tatsächlich begründet und überzeugend herausgestellt, wie sich bereits im zweiten Teil dieser Serie erkennen ließ. Politisch schlüssig sind – neben dem zuletzt genannten Argument profaner Profitgier – allein die oben diskutierten ideologischen und strategischen Motive. All diesen Motiven ist trotz ihrer teils erheblichen politischen Unterschiede eines gemeinsam: Die geistige Stoßrichtung richtet sich in letzter Konsequenz immer gegen die Deutschen, ihre Kultur, ihr Recht auf ein eigenes Land, den von ihnen bewohnten zusammenhängenden Siedlungsraum, ihre biologisches Gen-Pool, ihren machtpolitischen Spielraum. Die Ansiedlung anderer Völkerschaften in Deutschland ist daher grundsätzlich immer ein Mittel zum selben Zweck, den Einheimischen in der ein oder anderen Form zu schaden und ihren politischen Einfluss im eigenen Land zu beschneiden. Genau durch eine solche Zielsetzung wird der Begriff der Umvolkung definiert. Was wir in Deutschland seit Jahrzehnten erleben, ist somit tatsächlich nichts anderes als eine klassische, aggressiv gegen die einheimische Bevölkerung gerichtete Umvolkungspolitik, auch wenn der staatliche Akteur in diesem Fall kein fremder Staat ist, sondern der eigene. Im Ergebnis macht es für ein von Umvolkung betroffenes Volk keinen Unterschied, ob die siedlungspolitische Aggression ursprünglich von einem fremden Staat oder ihrem eigenen Staat ausging. Am Ende stehen die Menschen dieses Volkes gleichermaßen als politisch einflusslose Minderheit im ehemals eigenen Land, den staatlich angesiedelten Kolonisten machtlos ausgeliefert, auf der historischen Verliererseite.

Das Buch zum Thema ist im Antaios-Verlag erschienen und kann auch [dort bestellt werden.](#)

